



»DIE FAMILIE« JANUKOWYTSCHS OLIGARCHEN ALS WOHLTÄTER UND MÄZENE DIE ERSTEN 100 TAGE DES NEUEN PARLAMENTS

■ ANALYSE		
Die Ukraine nach der Parlamentswahl 2012 – »Die Familie« übernimmt die Regierung Von Winfried Schneider-Deters, Heidelberg		2
■ UMFRAGEN ZUM TEXT		
Janukowytsch und die Organe des Staates und der Politik		7
■ ANALYSE		
Zwischen Kalkül, Klientelismus und »Leidenschaft«: Ukrainische Oligarchen als Wohltäter und Mäzene Von Steffen Halling, Berlin		9
■ DOKUMENTATION		
Die ersten 100 Tage des VII. Parlaments der Ukraine		14
■ CHRONIK		
Vom 13. März bis 23. April 2013		16



Die Ukraine nach der Parlamentswahl 2012 – »Die Familie« übernimmt die Regierung

Von Winfried Schneider-Deters, Heidelberg

Zusammenfassung

Hinter der Fassade demokratischer Institutionen existierte seit der Machtübernahme des Präsidenten Janukowytsch im Februar 2010 ein System »oligarchischer« Balance im Regierungsapparat, das nach der Parlamentswahl vom Oktober 2012 durch ein System persönlicher Loyalitäten abgelöst wurde. Präsident Janukowytsch hat sich der meisten »Oligarchen« entledigt und regiert nun mit einer kleinen Gruppe ihm nahe stehender bzw. verpflichteter Personen. Die jungen Freunde seines ältesten Sohnes Oleksandr (ukr. »drusi Saschi«) bilden den Nukleus eines neuen oligarchischen »Clans«, auf den sich ukrainische Journalisten seit einiger Zeit mit der Bezeichnung »Die Familie« (ukr. Simja) beziehen – in Analogie zur (russ.) Semja des russischen Präsidenten Boris Jelzyn. Präsident Janukowytsch hat den Ehrgeiz, durch rasche Anhäufung von Vermögen auch selbst »geschäftlich« in die Reihe der (Dollar-) Milliardäre vorzudringen.

»Simja« – »Die Familie« des Präsidenten: Ein neuer »oligarchischer Clan«

Präsident Janukowytsch nahm die Wahl eines neuen Parlaments am 28. Oktober 2012, in welcher seine *Partei der Regionen* zwar siegte, aber weit unter der erwarteten absoluten Mehrheit blieb, zum Anlass, noch mehr Personen seines persönlichen Vertrauens in entscheidende Stellungen zu bringen, womit er schon vor der Parlamentswahl begonnen hatte. Dabei ging es ihm nicht *nur* um persönliche Loyalität, wie einige Experten behaupten, sondern auch um professionelle Kompetenz – und um den Gewinn an Legitimation durch eine erhöhte Effektivität seiner Reformpolitik. Von den jungen Freunden seines Sohnes Olexandr (Jahrgang 1973) verspricht sich Präsident Janukowytsch eine andere Herangehensweise als die, welche dem reformresistenten staatlichen Apparat eigen ist. In einer Antwort auf eine entsprechende Anfrage der englischsprachigen *Kyiv Post* ließ er durch seinen Pressedienst bestreiten, dass er Personen nicht aufgrund ihrer Qualifikation in die höchsten Stellungen der Regierung gehievt habe, sondern aufgrund ihrer Nähe zu seiner »Familie«. »Saschas Freunde« verstehen sich selbst als »Jungreformer« (»mlado-reformatory«).

Der Apparatschik Mykola Asarow – alter und neuer Premierminister

Die Wiederernennung des (nach seinem Rücktritt weiterhin amtierenden) Premierministers Mykola Asarow durch Präsident Janukowytsch am 9. Dezember 2012 beendete die Spekulationen über eine für möglich gehaltene völlige Übernahme der Regierung durch die »Jungreformer« um den Sohn des Präsidenten. Damit wurde klar, dass sich Präsident Janukowytsch bei den Regierungsgeschäften vorläufig noch auf den gestandenen Apparatschik verlässt (Asarow hat seit 2010 das Amt des

Premierministers inne) und eine Neubesetzung dieses Amtes mit einem »jungen Reformer« für zu riskant hält. Dem bewährten Premierminister Asarow wurde allerdings ein Freund des Sohnes des Präsidenten als Erster Stellvertretender Premierminister zur Seite gestellt: Serhij Arbusow (Jahrgang 1976), der bis dato Vorsitzender der Nationalbank der Ukraine (NBU) war. Arbusow ist laut präsidentialem Dekret zuständig für das breite Spektrum Finanzen, Steuern und Zölle, wirtschaftliche Entwicklung, Außenhandel, Agrarpolitik und Sozialpolitik. Offensichtlich soll sich Arbusow einarbeiten, um zu gegebener Zeit das Amt des Premierministers zu übernehmen. Julija Mostowa, die Chefredakteurin der renommierten Wochenzeitung *Zerkalo nedeli / Dserkalo tyschnja* sieht in Serhij Arbusow das »Hirn« der Gruppe der »Jungreformer«.

Die Position »der Familie« wurde zwar in der am 24. Dezember 2012 gebildeten neuen Regierung (dem »Ministerkabinett«) gestärkt, doch müssen sich deren Angehörige die Macht noch mit den Leuten des reichsten Oligarchen der Ukraine, Rinat Achmetow, teilen. Allerdings scheint Achmetow, der frühere Förderer der politischen Karriere von Wiktor Janukowytsch und Financier seiner Partei der Regionen, nicht als Konkurrent, sondern als Geschäftspartner »der Familie« (vor allem) bei der Privatisierung staatlicher Betriebe mit im Boot zu sein.

»Reform-Sabotage«

Gleich nach seiner Wiederernennung bezog der neue alte Premierminister Asarow von Präsident Janukowytsch Prügel: Auf der Sitzung des Komitees für wirtschaftliche Reformen am 17. Januar 2013 wurde der Bericht des Premierministers über die Implementation des Nationalen Aktionsplans für das Jahr 2012 analysiert. Der Reformplan sei nur zu 15 % bis 70 % erfüllt worden,

quantifizierte Iryna Akimowa, die Erste Stellvertretende Chefin der Präsidialadministration, den Erfüllungsgrad der Pläne für die verschiedenen Wirtschaftsbranchen – z. B. im Öl- und Gas-Sektor nur zu 25 %. Akimowa sah in dem »Mangel an Disziplin« die hauptsächliche Ursache für den langsamen Fortschritt der Reformen; er sei durch eine »schlechte Gesetzgebung« des Parlaments und durch eine »ineffiziente Mittelverwendung« der Regierung gehemmt worden.

In der Rede, mit der er die Sitzung des Komitees eröffnete, sagte Präsident Janukowytsch verärgert, er verstehe, dass Pläne nur zu 90 % oder auch nur zu 80 % erfüllt würden; wie aber sei eine Planerfüllung von nur 25 % möglich, fragte er rhetorisch – und gab selbst darauf eine (»sowjetische«) Antwort: »Das ist Sabotage!«. Präsident Janukowytsch machte das alte Ministerkabinett, den Mittelbau der Ministerien und die Behörden vor Ort dafür verantwortlich; er bezichtigte die staatliche Verwaltung der Blockade seiner Reformpolitik und schalt die dafür verantwortlichen Beamten: Sie hielten fest an ihrem »alten Leben«, das von »Korruption und Bürokratie« geprägt sei. Ohne den Terminus »Jungreformer« zu benutzen sagte Janukowytsch, er setze seine Hoffnung auf die neuen Minister.

Das Programm der neuen Regierung »zur Aktivierung der wirtschaftlichen Entwicklung 2013–2014« sei allerdings in Wahrheit ein »Staatliches Programm zur Entwicklung »der Familie« nach der Maxime: »den Freunden – alles, den Feinden – Steuern!«, schrieb Dmytro Denkow in der Internet-Zeitung *Ekonomitschna pravda*: Von den geplanten fiskalischen Maßnahmen seien die Tätigkeitsbereiche derjenigen Firmen aufgenommen, die mit »Der Familie« verbunden seien.

Die neue Regierung – dubiose Ernennungen

Die Hälfte der Minister der am 24. Dezember 2012 gebildeten neuen Regierung Asarow war bereits in seinem vorhergehenden Kabinett im Amt. Einige von ihnen behielten bei der Umbildung ihre bisherigen Ministerien, andere wechselten das Ressort, zwei wurden zu Stellvertretenden Premierministern befördert, ein Prestigeposten ohne großen Einfluss. In ihren Ämtern bestätigt wurden der Jungreformer Jurij Kolobow als Finanzminister und die »Angehörigen der Familie« Witalij Zachartschenko als Innenminister (»Polizeiminister«) und Mykola Prjaschnjuk als Minister für Landwirtschaft und Ernährung.

Eduard Stawytskyj, bis dato Umweltminister, löste Jurij Bojko als Energieminister ab; dieser avancierte zum Stellvertretenden Premierminister. Bojko ist vermutlich »der Familie« geschäftlich verbunden, u. a. über die in Nikosia auf Zypern registrierte Strohfirma *Fynel Ltd.*, deren Eigentümer laut des *Organized Crime and Corrup-*

tion Reporting Project internationale Finanzschwindler sind, die in dem Korruptionsskandal um die so genannten »Bojko-Türme« eine Rolle spielten – zwei Bohrseln, für deren Kauf zu einem überhöhten Preis im Jahre 2011 der damalige Energieminister Bojko zuständig war. Stawytskyj war laut Medien-Berichten in Janukowytschs zweiter Amtszeit als Premierminister im Jahre 2007 der zentrale Akteur bei der dubiosen Privatisierung von »Meschyhirja«, einem 140 ha großen Areal, das sich – über eine Kette von Offshore-Gesellschaften – im Besitz des Präsidenten Janukowytsch befindet. Auf Kosten des Staates ließ er dort das vormals staatliche Gästehaus in eine luxuriöse Residenz (»Klein-Versailles«) umbauen. Der investigative Journalist und Stellvertretende Chefredakteur der Internet-Zeitung *Ukrainskaja Pravda / Ukrajinska pravda* Serhij Leschtschenko deckte die Verbindungen zwischen der »im Interesse von anonymen Kunden« gegründeten *Euro East Beteiligungsgesellschaft GmbH* (Österreich) und der Firma *Management Assets Corporation (MAKO)* von Oleksandr Janukowytsch auf.

Neuer Verteidigungsminister wurde der gebürtige Russe Pawlo Lebedjew. Von ihm wird die Lösung anderer Aufgaben als die Stärkung der Verteidigungsbereitschaft der Ukraine erwartet, schreibt der Oberst der Reserve, Wolodymyr Larzew, nämlich der Ausverkauf der Liegenschaften der ukrainischen Streitkräfte. Lebedjew sei wegen seiner guten Kontakte zur russischen Schwarzmeerflotte auch berufen, die Interessen »Der Familie« auf der Krim wahrzunehmen, wo im Jahre 2013 in und um Sewastopol umfangreiche Veräußerungen von Immobilien anstehen, die nach der Teilung der sowjetischen Schwarzmeerflotte im Jahre 1993 von der russischen Flotte gepachtet wurden. »Die Familie« wolle »diese Objekte nicht in beliebige Hände fallen lassen«, vermutet Larzew.

Lebedjew ist Ehrenvorsitzender der Holding *InterCarGrupp* (Transportmaschinen), deren Präsident in den Jahren 2005 und 2006 Leonid Juryschew war. Dieser war ein Vertrauensmann des ersten »Gebietlers« des Donbass, Achat Bragin alias »Alik Grek«, der 1995 im Stadion des Fußballvereins »Schachtjor« (Donezk) einem Bomben-Anschlag zum Opfer fiel. Die Zeit der blutigen Auseinandersetzungen um das industrielle Erbe der Sowjetunion wird durch das Ermittlungsverfahren der Generalstaatsanwaltschaft gegen Julija Tymoschenko wegen eines Mordkomplotts, dem der »biznesmen-politik« (Liberale Partei) Jevhen Schtscherban zum Opfer fiel, wieder in die öffentliche Erinnerung gerufen.

Zum neuen Chef des Inlandsgeheimdienstes, des »Sicherheitsdienstes der Ukraine« (SBU) ernannte Präsident Janukowytsch Oleksandr Jakymenko. Jakymenko kommt aus dem privaten Sicherheitsgewerbe;

zuletzt arbeitete er für die *Meschregional'nyj promyschlenyj sojus*, eine 99-prozentige Tochter von *Lemtrans*, der größten ukrainischen Eisenbahnfrachtgesellschaft – die gemeinsam von Wiktor Janukowytsch (40 %) und Rinat Achmetow (60 %) kontrolliert wird. Der Anteil des Präsidenten versteckt sich hinter der Firma *SPS-Grup*, die zu 99 % der Gesellschaft *UkrKievResurs* gehört. Einer der Aktionäre dieser Firma – und Direktor der *SPS-Grup* – ist Wiktor Risanow, der als Objekt-Schützer die präsidiale Residenz des Präsidenten, »Meschyhirja«, bewacht. Die *SPS-Grup* ist nicht nur im Schienenfrachtgeschäft engagiert; sie ist Mitgründerin des *Donbaskij rosrachunkowo-fnanzowyj zentr*, das mehrere Kohlebergbaugesellschaften vereint. Es ist der Kern des Kohlegeschäfts des Präsidentensohnes Oleksandr.

Der investigative Journalist Serhij Schtscherbina (*Ukrainska pravda*) entzerrte das Geflecht, in welchem »die Familie«, namentlich der Präsidentensohn Oleksandr Janukowytsch, ihr Vermögen verbirgt. Die aufgezeigten Beziehungen würden illegale Machenschaften nicht beweisen, schreibt er; sie bewiesen nur, dass »die Familie«, die »gazoviki« (Erdgashändler) und Spitzenbeamte »die Dienste von Leuten in Anspruch nehmen, die reichen Leuten in der ganzen ehemaligen UdSSR dabei helfen, Vermögen zu verstecken, Steuern zu hinterziehen und dubiose Operationen zu realisieren.« Auf einer Pressekonferenz wurde Präsident Janukowytsch gefragt, ob nicht die Freunde seines Sohnes Oleksandr in der Regierung diesem dabei geholfen hätten, so schnell so reich zu werden. Janukowytsch erklärte, er wisse nicht im Detail, wie sein Sohn Milliardär (in Landeswährung) wurde. »Ich weiß nur, dass er es gewöhnt ist, viel zu arbeiten...«.

Oligarchische Balance zerstört

Mit der personellen Besetzung des neuen Ministerkabinetts und anderer zentraler staatlicher Organe hat Präsident Janukowytsch die bisherige oligarchische Balance im Staatsapparat zugunsten »der Familie« aufgegeben. Übrig geblieben sind im Ministerkabinett – neben Janukowytschs persönlichen Loyalisten – eine Gruppe von (laut *LIGABiznesinform*) fünf Interessenvertretern des oligarchischen »Geschäftspartners« Achmetow und als Vize-Premierminister Jurij Bojko, der zur »Gas-Lobby« des Oligarchen Dmytro Firtasch gehört, zu welcher auch der Chef der Administration des Präsidenten, Serhij Lowotschkin und der bisherige Erste Stellvertretende Premierminister, Walerij Choroschkowskyj gezählt werden.

Alle Positionen im Ministerkabinett, die dem Aufstieg des »Janukowytsch-Clans« förderlich sind, befinden sich in der Hand »der Familie« – neben dem Amt des Ersten Stellvertretenden Premierministers (Serhij Arbusow) –

das Innenministerium (Vitalij Zachartschenko); das Finanzministerium (Jurij Kolobow); das Ministerium für Steuern und Zölle (Oleksandr Klymenko); das Ministerium für Energie und die Kohleindustrie (Eduard Stawytskyj); das Ministerium für Ökologie und natürliche Ressourcen (Oleh Proskuhjakow) – und das Agrarministerium (Nikolaj Prisjaschnjuk). Von diesen sieben Ministern gelten vier als »Jungreformer« (Jahrgänge 1972 bis 1980), und zwar Arbusow, Kolobow, Klymenko und Stawytskyj. Im September 2012 präsentierten sie sich in Washington als die kommende Führungsriege – offiziell, um mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank zu verhandeln.

»Jungreformer« gegen »Oligarchen«

Der Machtdrang der »Jungreformer« ist eine zweischneidige Angelegenheit, konstatiert Julija Mostova. Einerseits scheinen einige Vorstöße der »jungen, professionellen Spezialisten« im Interesse des Staates gegen die partikularen Interessen der Oligarchen gerichtet zu sein. Andererseits bedeutet die Besetzung der Chefposten der Nationalbank, des Finanzministeriums und des Ministeriums für Steuern und Zölle (des Ministeriums für staatliche Einnahmen) mit »Leuten aus der Familie« (»ljudy simji«) die »Privatisierung des staatlichen Haushalts«. Sie ermöglicht den unauffälligen Transfer von staatlichen Haushaltsmitteln in schwarze Kassen – und den Ausverkauf von staatlichen und kommunalen Unternehmen über Scheinausschreibungen an das Unternehmensnetz »der Familie« – oder die »zollfreie« Einfuhr z. B. von großen Mengen an Erdöl und Erdölprodukten, schreibt Mostova.

Der oberste Steuereintreiber, Minister Oleksandr Klymenko, scheute sich nicht, im »Interesse des Staates« gegen die Interessen der Oligarchen vorzugehen. Die Steuerfahndung rückte Zeitungsbereichten zufolge bereits in Unternehmen der Oligarchen Kolomojskij, Pintschuk, Firtasch und sogar bei Achmetow an. Am 16. Januar 2013 unternahm die »Jungreformer« mit der Einbringung eines Gesetzentwurfs über Transferpreisbildung in das Ministerkabinett ihren ersten ernsthaften Angriff auf die Oligarchen, konkret auf deren »Steueroptimierungspraxis«. Mit dem Ziel, Steuern zu »sparen«, exportieren die großen Finanz- und Industriegruppen (FPG) der Oligarchen ihre Produkte zu Preisen unter den Produktionskosten an Offshore-Tochtergesellschaften, die diese zu Weltmarktpreisen absetzen. Im Inland werden so Verluste ausgewiesen und Steuern gespart, während die Gewinne bei den Offshore-Tochtergesellschaften anfallen. Es ist ein Indiz für die starke Stellung »der Familie« in der Regierung, dass das Vorgehen gegen diese Praxis von der Regierung gebilligt wurde. . Nach dem neuen Gesetz soll in Zukunft

der »durchschnittliche Marktpreis« der Gewinnbesteuerung zugrunde gelegt werden. Auf die Frage, wer die Höhe des Marktpreises bestimme, ließ Klymenko keinen Zweifel daran, dass es letztlich sein Ministerium sei, das dafür zuständig sein werde. Dieses Gesetz, das bereits seit der Verabschiedung des neuen Steuerkodexes im Jahre 2011 diskutiert – und boykottiert – wird, trifft nicht nur »Oligarchen«. Im Parlament stieß dieser Gesetzentwurf der Regierung in der Fraktion der (Regierungs-)Partei der Regionen, in deren Reihen viele Unternehmer sitzen, auf heftigen Widerstand.

Alle Macht »Der Familie«!

Je mehr die demokratische Legitimation seiner autoritären Herrschaft schwindet – und seine Wiederwahl im Jahre 2015 gefährdet erscheint, desto mehr verlässt sich Janukowytsch auf die Organe der Sicherheit des Staates, d. h. konkret, der Sicherheit seines Regimes. Das Regime hatte sich vor den Parlamentswahlen im Oktober 2012 gegen gewalttätigen Protest gewappnet. Die Kontrolle über die »Sylovyky«, die »Sicherheitskräfte«, die bewaffneten Organe staatlicher Gewalt, ist – nicht nur de facto, sondern nach der Wiederinkraftsetzung der Verfassung von 1996 auch verfassungsrechtlich – in der Hand des Präsidenten Janukowytsch konzentriert. Die führenden Positionen aller Sicherheitsbehörden wurden mit Personen aus dessen innerem Kreis besetzt. Während der Orangen Revolution, durch die ihm sein gefälschter Wahlsieg entrisen wurde, hatte der »offizielle« Präsidentschaftskandidat Janukowytsch von Präsident Kutschma deren blutige Niederschlagung gefordert; bei einem »nächsten Mal« würde der Präsident Janukowytsch vielleicht von dem letzten Mittel Gebrauch machen und die Ukraine auf den »belarussischen Weg« bringen.

Das Innenministerium, der Inlandsgeheimdienst und die (wegen ihrer Willkür gefürchtete) Steuerbehörde, die heute Teil des Ministeriums für Steuern und Zölle ist, haben ihre bewaffneten »Sonderdienste«: die Bereitschaftspolizei »Berkut«, die SBU-Sondereinheit »Alfa« und die Steuerpolizei. »Es vollzieht sich eine Bewegung in Richtung Polizeistaat«, sagte der ehemalige Chef des Inlandsgeheimdienstes (2006–2010), Walentyn Nalywajtschenko, »eine parlamentarische Kontrolle existiert nicht.« Die Partei der Regionen brachte 2012 einen Gesetzentwurf ins Parlament ein, der die Eingliederung der Truppen des Ministeriums des Innern in das Militär unter alleiniger Kontrolle des Präsidenten vorsah. Neben der angeblichen Aufgabe als zusätzlicher Strafverfolgungseinheit zur »Verteidigung der bürgerlichen Freiheiten« sollte diese Einheit in Wahrheit die »Regierung gegen den Versuch eines Staatsstreichs schützen«.

Mit seiner »Kaderpolitik« hat Präsident Janukowytsch »der Familie« die Kontrolle über die »staatliche« Sicherheit, d. h., die Sicherheit seines Regimes, und über die staatlichen Finanzen verschafft. Mit »Saschas Freund« Oleksandr Klymenko an der Spitze des Steuerministeriums kontrolliert die Familie den größten Teil des Flusses der staatlichen Einnahmen. »Die Familie« rückt nunmehr in »nicht-traditionelle« Bereicherungsfelder vor, so in den potenziell lukrativen Sektor nicht-konventioneller Energieträger. In die Zuständigkeit des Ministers für Umwelt und natürliche Ressourcen, Oleh Proskurjakow, fallen die Erkundung und eventuelle Ausbeutung nicht-konventioneller Erdgasvorkommen (Schiefer- und Schelf-Gas) in der Ukraine. Mit der Ernennung von Walerij Dudinow am 16. Januar 2013 zum neuen Chef des Staatlichen Dienstes für Geologie und Bodenschätze, der für die Erschließung ukrainischer Schiefergasvorkommen und Erdgas führender Kohleflöze zuständig ist, verstärkt »die Familie« ihren Einfluss auf den Öl- und Gas-Sektor. Es ist damit zu rechnen, dass die Erschließung dieser Ressourcen aus den zähen Prozeduren der Bürokratie befreit und zügig voran getrieben wird – sicher nicht zum Schaden »der Familie«, wobei die nominell »unabhängige« kleine ukrainische Firma *SPK Geoservis* wohl eine Gewinn transferierende Rolle spielen wird.

Die anstehende Privatisierung von landwirtschaftlichen Nutzflächen bietet in Zukunft ausgedehnte Möglichkeiten für die Expansion der Geschäfte »der Familie«. Nicht von Ungefähr wurde auch das Agrarministerium an einen Angehörigen »der Familie«, Nikolaj Prisjaschnjuk, vergeben. Nach Ablauf seiner wahrscheinlichen zweiten Amtszeit im Jahre 2020 wird Wiktor Janukowytsch vielleicht nicht mehr Präsident der Ukraine sein, wohl aber einer der reichsten Oligarchen des Landes.

Das Dilemma der Oligarchen

Seit der zweiten Amtszeit des Präsidenten Kutschma besteht in der Ukraine ein variables Geflecht zwischen den abwechselnd an die Macht gelangenden Politikern und der stabilen Gruppe der »Oligarchen«, deren geschäftliche Interessen die Politik der von ihnen unterstützten Parteien maßgeblich beeinflussen. Die Konkurrenz zwischen den Oligarchen sorgte bislang für eine limitierte Pluralität in der Politik und in den von ihnen beherrschten Medien, die Wojciech Kononczuk vom Warschauer *Center for Eastern Studies* als »oligarchische Demokratie« bezeichnet.

Seit der Machtübernahme des Präsidenten Janukowytsch sehen sich die »Oligarchen« mit einem Dilemma konfrontiert: So konnten sie einerseits einen Sieg der Opposition in den Parlamentswahlen vom 28. Oktober 2012 nicht wünschen; noch weniger können sie eine Rückkehr Julija Tymoschenkos an die Macht, d. h.,

ihre Wahl zur Präsidentin im Jahre 2015, wünschen, da ihnen – anders als nach der Orangen Revolution – dann wirklich eine partielle Enteignung drohen würde. Andererseits gefährdet Janukowytschs Verbleib an der Macht ihre Interessen, sowohl in der Ukraine wie auch global – im Westen wie im Osten. Im Inland greift »die Familie« nach ihrem Vermögen. Im westlichen Ausland müssen sie fürchten, auf die »schwarze Liste« zu geraten, die bereits für Funktionäre des Regimes Janukowytsch im amerikanischen Kongress kursiert. Und falls Präsident Janukowytsch sein Heil – wie seinerzeit der total diskreditierte Präsident Kutschma – in Putins »Eurasischer Union« suchen sollte, müssten die ukrainischen Oligarchen mit der Übernahme ihrer Unternehmen durch die russischen Oligarchen rechnen.

Die Oligarchen, die seinen Wahlkampf finanziell und medial unterstützt hatten, wurden von Janukowytsch nach seiner Wahl zum Präsidenten zunächst fürstlich belohnt: Ihr Vermögen ist in den ersten zwei Jahren seiner Präsidentschaft – ungeachtet der wirtschaftlichen Krise – enorm gewachsen. Mit seinem Gespür für Balance versorgte Präsident Janukowytsch alle »oligarchischen Clans« ausgewogen mit Pfründen. Doch nun drängt Präsident Janukowytsch selbst in ihren Kreis. Während Präsident Kutschma in neo-feudaler Manier den Oligarchen gegen politische Loyalität – und Finanzierung seiner Wahlkämpfe – die Lizenz zur Privatisierung staatlicher Unternehmen unter Wert erteilte, fordert Präsident Janukowytsch von ihnen für die privilegierte Privatisierung einen Anteil für »die Familie«: Die Oligarchen müssen nun teilen.

Aufstand der Oligarchen?

Der Ukraine-Experte Taras Kuzio konstatierte vor der Parlamentswahl im Oktober 2012 »eine rasche Absetzbewegung« der Oligarchen vom Regime des Präsidenten Janukowytsch. Das »Big Business«, aber auch mittelständische Unternehmer würden sich in Gesprächen mit Diplomaten »heimlich« von Präsident Janukowytsch distanzieren.

Gefahr drohe dem Regime Janukowytsch nicht von Protestbewegungen, nicht von einem Aufstand der Bevölkerung, meint Anders Aslund; fürchten müsse er die Oligarchen. In der Ukraine sind nicht die politische Opposition und die bürgerschaftliche Gesellschaft das Gegengewicht zur Staatsmacht; die einzige Kraft, die dazu über die erforderlichen Ressourcen verfügt, sind die Oligarchen. Gegen sie – mehr als gegen »das Volk« – richtet sich die Unterordnung der bewaffneten Organe und der Finanzinstitutionen des Staates unter die alleinige Kontrolle des Präsidenten.

Was dem Präsidenten Janukowytsch zum sicheren Sieg in den kommenden Präsidentschaftswahlen

im Jahre 2015 fehlt, ist die Kontrolle über die großen Fernsehgesellschaften. Alle oligarchischen Eigentümer der Fernsehkanäle mit den höchsten Einschaltquoten sollen bereits »Vorschläge« erhalten haben, zu verkaufen, schreibt Julija Mostova. Die internationalen Beobachter der Parlamentswahl vom 28. Oktober 2012 konstatierten eine »unausgewogene« Wahlberichterstattung in den Medien. Mehrere unabhängige Monitoring-Institute, die – finanziert von der International Renaissance Foundation (George Soros) – die Wahlkampf-Berichterstattung der neun großen nationalen Fernsehgesellschaften unter die Lupe nahmen, machten dagegen eine überraschende Feststellung, über die Katja Gortschinskaja in der englischsprachigen *Kyiv Post* berichtete: Mehrere Medien-Magnaten räumten von Anfang September bis Mitte Oktober 2012 der Opposition zunehmend mehr Raum ein. Die Oligarchen hätten plötzlich die Gefahr erkannt, die die Konzentration der politischen Macht in der Hand einer Partei für sie birgt, zitiert Gortschinskaja die Direktorin des International Media Institute, Wiktorija Sjumar. Das erste »Opfer« der Übernahme-Offensive wurde der Medienmagnat Walerij Choroschkowskyj, der bis zum 14. Dezember 2012 Erster Stellvertretender Premierminister war. Wegen »Abkehr von der pro-präsidentialen Berichterstattung« musste er Anfang Februar 2013 seinen Anteil an der Inter Media Group Ltd., zu welcher der populäre Fernsehkanal *INTER* gehört, an die Gruppe des Oligarchen Dmitro Firtasch (GDF Media Ltd.) – und an den Chef der Administration des Präsidenten Serhij Lowotschkyn – verkaufen, erklärte Sjumar, die Mitglied des nunmehr aufgelösten (zivil-) »gesellschaftlichen Beirats« des Kanals *INTER* war.

Aslund schloss nicht aus, dass Präsident Janukowytsch »gegen die Oligarchen einen Krieg« beginnt, wie der russische Präsident Putin im Jahre 2003 gegen Michail Chodorkowskyj. Es sei klar, dass Janukowytsch alle Macht und allen Reichtum in der Hand seiner »Familie« konzentrieren wolle. Mit allen Finanzbehörden des Staates unter seiner Kontrolle hat Präsident Janukowytsch tatsächlich die Mittel in der Hand, um die Oligarchen zu erpressen. Mit allen staatlichen Gewaltorganen in seiner Hand kann er seinen Ansprüchen an die Oligarchen Nachdruck verleihen. Das Interesse der Oligarchen, zu verhindern, dass Janukowytsch und seine »Familie« in der Ukraine ein absolutes Machtmonopol errichten, macht sie zu potenziellen Verbündeten der Opposition. Die heute verfeimten Oligarchen könnten im Jahr der nächsten Präsidentschaftswahl, also im Jahre 2015, noch zu Bundesgenossen der Opposition gegen Präsident Janukowytsch werden.

Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor:

Winfried Schneider-Deters, Jahrgang 1938, hat Wirtschaftswissenschaften an der Universität Heidelberg studiert. Von 1975 bis 2003 war er Leiter von nationalen und regionalen Projekten der Friedrich Ebert Stiftung in Lateinamerika, Ostasien (Süd-Korea), Zentralasien und im Südlichen Kaukasus. Von 1996 bis 2000 leitete er das »Kooperationsbüro Ukraine« der FES in Kiew. Seit 2004 ist er freier Autor (vornehmlich Veröffentlichungen zur Innen- und Außenpolitik der Ukraine). Zu seinen jüngsten Veröffentlichungen zählt *Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union*, Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2012.

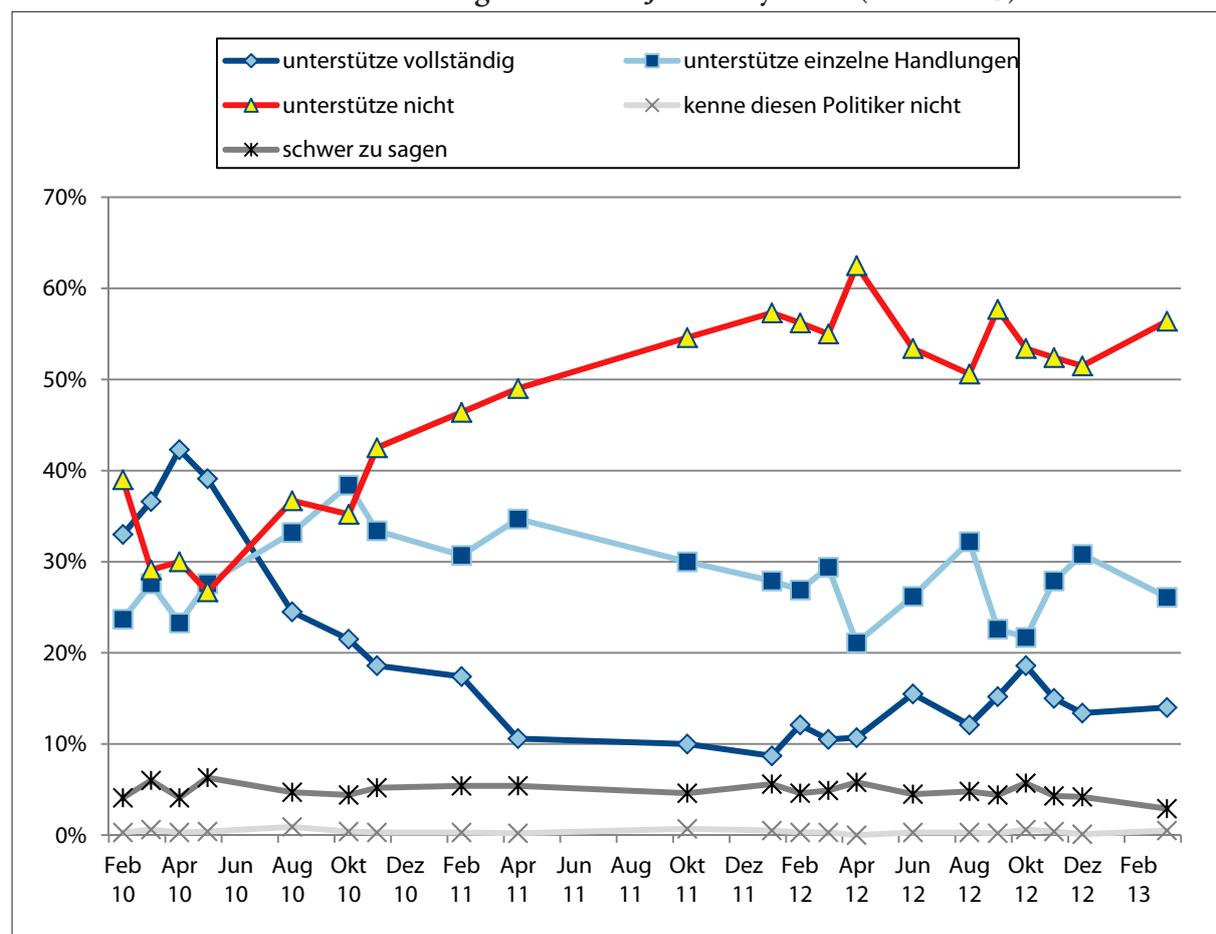
Lesetipp:

Mykola Riabchuk: »Gleichschaltung. Authoritarian Consolidation in Ukraine 2010 – 2012«, K.I.S. Publishing, Kiew 2012.

UMFRAGEN ZUM TEXT

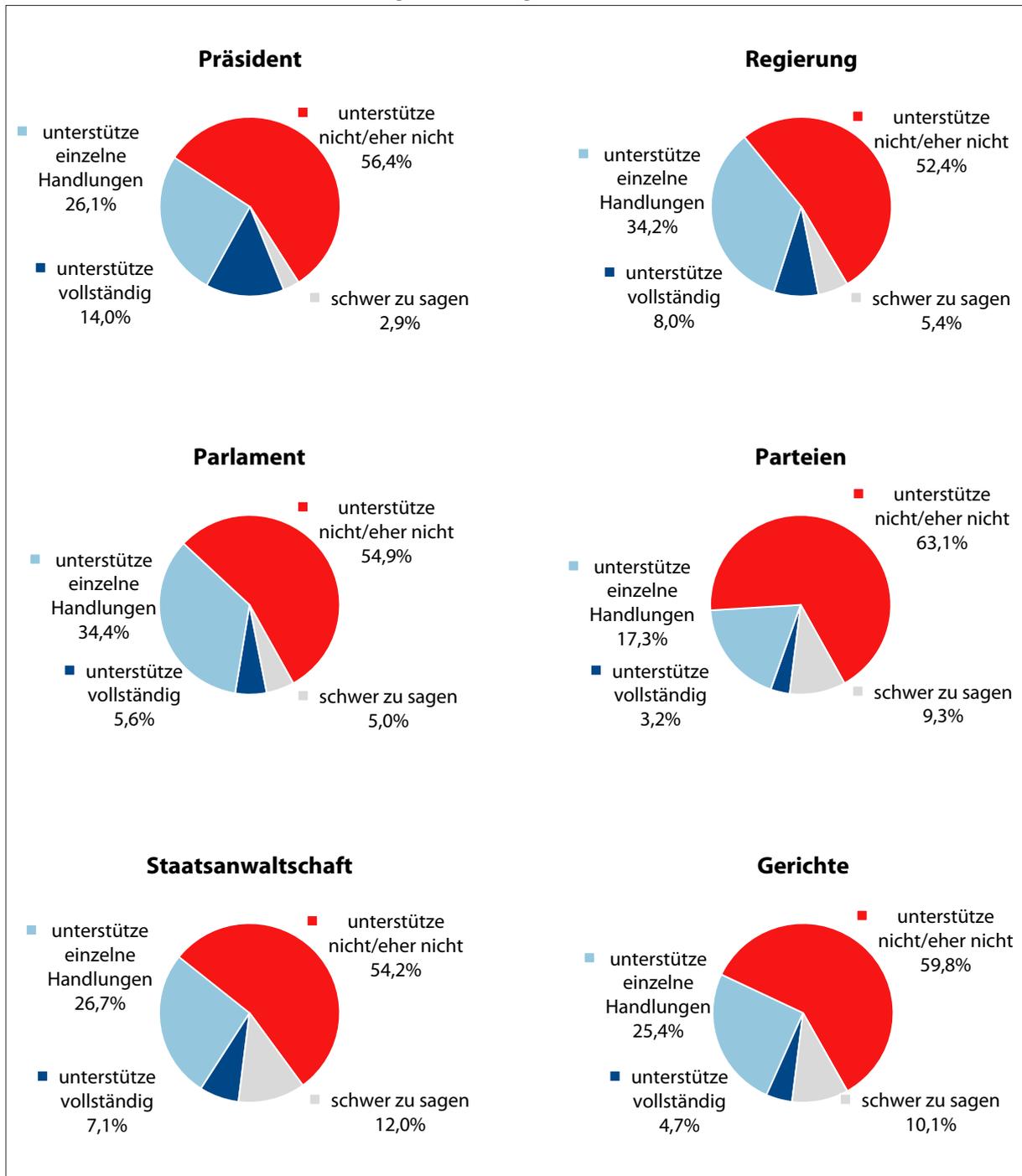
Janukowytsch und die Organe des Staates und der Politik

Grafik 1: Unterstützen Sie die Tätigkeit Wiktor Janukowytschs? (2010–2013)



Quelle: Repräsentative Umfrage des Razumkov-Zentrums, http://www.razumkov.org.ua/eng/poll.php?poll_id=90

Grafik 2: Unterstützen Sie die Tätigkeit der folgenden Institutionen?



Quelle: Eigene Zusammenstellung nach repräsentativen Umfragen des Rasumkow-Zentrums aus den Jahren 2012 und 2013.

Zwischen Kalkül, Klientelismus und »Leidenschaft«: Ukrainische Oligarchen als Wohltäter und Mäzene

Von Steffen Halling, Berlin

Zusammenfassung

Während die politische Einflussnahme auf Parteien und Massenmedien sich längst zu einem kollektiven und omnipräsenten Charakteristikum ukrainischer Oligarchen entwickelt hat, hat sich in den vergangenen Jahren ebenso der Trend abgezeichnet, dass Oligarchen zunehmend als Wohltäter und Mäzene in Erscheinung treten und ihr bisheriges Handlungsportfolio damit erweitert haben. Ihre Wohltätigkeits- und Mäzenatendarbeit ist vielschichtig. Ein Blick in den postsowjetischen Raum zeigt, dass diese sowohl regimestabilisierende als auch subversive Funktionen haben kann.

Einleitung

Neben der Pluralisierung und Differenzierung, die die politische Einflussnahme der Oligarchen nach der Orangen Revolution charakterisiert haben und etwaige politische Affiliationen so oft nur vage bestimmbar machen, sticht vor allem auch ihr veränderter Umgang mit der Öffentlichkeit hervor. Diese Öffentlichkeit hatten sie lange Zeit weitgehend gemieden. Als sie jedoch verstärkt zum Gegenstand öffentlicher Kritik wurden und als »Banditen«, deren Entmachtung zu einer zentralen politischen Losung avancierte, öffentlich an den Pranger gestellt wurden, distanzierten sie sich mit Nachdruck vom gängigen Bild der kriminellen Gewaltunternehmer. Viele Oligarchen starteten nun öffentlichkeitswirksame Versuche, um durch gesellschaftliches Engagement patriotisches und verantwortungsbewusstes Handeln zu demonstrieren.

Institutionalisierte Öffentlichkeitsarbeit

Bis heute stechen zwei Bereiche hervor, durch die Oligarchen ihr Erscheinungsbild steuern. Erstens handelt es sich um private Stiftungen, die im Namen der Oligarchen Wohltätigkeitsarbeit verrichten. Sie können als ein Korrelativ zu dem aus der Orangen Revolution hervorgegangenen öffentlich-konfrontativen Umfeld betrachtet werden, da ihre Gründung in den meisten Fällen ab 2005 erfolgte. Unter Präsident Wiktor Juschtschenko zeigte sich dabei sehr deutlich, dass ihre Wohltätigkeitsarbeit ihre Amnestierung begünstigen bzw. legitimieren sollte. Für eine Interpretation, die die indirekte Verpflichtung der Oligarchen zu verantwortungsbewusstem Handeln als eine einvernehmliche Form der symbolischen Kompensation für in der Vergangenheit begangene Rechtsbrüche wertet, spricht vor allem, dass der damalige Präsident nach der Unterzeichnung eines Memorandums, das u. a. Reprivatisierungen eine Absage erteilte, an die Ehre der Oligarchen als verantwortungsbewusste Geschäftsmänner appellierte und sie dazu aufforderte, ihrer nationalen Verantwortung

nachzukommen. Später rief er per Dekret das Wohltätigkeitsprojekt »Gib dem Kind Wärme durch Liebe« ins Leben. Die Oligarchen erklärten sich bereit, das Projekt zur Unterstützung sozial schwacher Mehrkindfamilien sowie behinderter Kinder und Waisen auf regionaler Ebene zu realisieren. Neben der Wohltätigkeitsarbeit ragt zweitens ihr massenwirksames Mäzenatentum im Sport hervor. Nicht nur im Fußball, sondern auch in bislang weniger populären Sportarten, wie Eishockey oder Basketball, zeichnet sich eine zunehmende Präsenz der Akteure ab. Dabei ist sowohl im Bereich der Wohltätigkeitsarbeit als auch mit Blick auf das Mäzenatentum in den zurückliegenden Jahren eine Professionalisierung zu beobachten und sich durch eine gewachsene internationale Kooperations- bzw. Konkurrenzfähigkeit auszeichnet.

Oligarchen und Wohltätigkeitsarbeit

Art und Umfang der Wohltätigkeitsaktivitäten ukrainischer Oligarchen sind vielfältig. Heute am zweifellos präsentesten zeigen sich dabei Wiktor Pintschuk und Rinat Achmetow. Vor allem sie waren als besondere Profiteure des *Ancien Régime* in den Fokus der Öffentlichkeit geraten. Achmetow, der sich nicht nur rhetorisch, sondern auch gerichtlich national und international strikt gegen das Bild eines raffgierigen Oligarchen kriminellen Ursprungs zur Wehr setzte und 2008 zum ukrainischen »Wohltäter des Jahrzehnts« gekürt wurde, rief im Jahr 2005 die »Rinat Achmetow Stiftung für die Entwicklung der Ukraine« ins Leben. Die Arbeit der Stiftung, die jährlich etwa 20 Mio. Euro für Wohltätigkeitsprojekte ausgibt, lässt sich keinem eindeutigen Schwerpunkt zuordnen. Allerdings richtet sie zumindest einen Fokus auf Gesundheitsvorsorge im Allgemeinen und die Bekämpfung von Tuberkulose in der Ostukraine im Speziellen. Dabei betont sie ausdrücklich, dass sie sich hier eines Problemfelds angenommen hat, das von staatlicher Seite vernachlässigt wurde. Während internationale Förderungsanträge der zustän-

digen Ministerien mehrfach in Folge eines allgemeinen Misstrauens gegenüber der Ukraine sowie intransparenter Prozeduren abgelehnt worden seien, sei es seiner Stiftung gelungen, sich erfolgreich als Partner des von der den G7-Staaten gegründeten *Global Fund to Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria* zu etablieren und internationale Fördergelder in Höhe von 95 Mio. US-Dollar einzuwerben. Darüber hinaus ist die Stiftung auch in unterschiedlichen anderen sozialen Bereichen aktiv: Hierzu gehören Projekte zur Unterstützung von Waisenkindern und bedürftigen Familien, aber auch Hilfeleistungen in Katastrophen- bzw. Notsituationen, wie etwa bei Grubenunglücken. Bei den meisten Projekten konzentriert sich die Stiftungsarbeit dabei vornehmlich auf die Region Donezk. Teilweise reicht die Arbeit der Stiftung Achmetows aber auch in andere Landesteile: materielle Hilfe erfuhren so etwa die Opfer einer Gasexplosion in Dnipropetrowsk oder auch Geschädigte des Hochwassers 2008 in mehreren westlichen Regionen. Ferner engagiert sich Achmetows Stiftung im Bildungs- und Kultursektor. Sie fungiert dabei u. a. als Partner der Journalistenschule der Kiewer Mohyla-Akademie, wo sie postgraduierte Studienkurse zur digitalen Zukunft des Journalismus sowie ein Doktorandenprogramm zu »Massenkommunikation« finanziert.

Im Unterschied zu Achmetow findet die von Pintschuk betriebene »Philanthropie« in einem deutlich internationaleren Umfeld statt. Dies spiegelt sich nicht nur in der Häufigkeit entsprechender Personenportraits in internationalen Printmedien wider, sondern auch darin, dass die 2006 gegründete »Viktor Pinchuk Foundation« eine eigene Sparte für global ausgerichtete Projekte aufweist. Hierunter fällt u. a. die *Yalta European Strategy* (YES), deren Konferenzen in Jalta jedes Jahr hochrangige internationale Gäste zusammenführt und sich dabei sowohl mit ukrainischen als auch europäischen und globalen Zukunftsfragen auseinandersetzt. Neben der Kooperation mit einer Reihe von internationalen Stiftungen und Think Tanks organisiert die Stiftung im Rahmen des alljährlichen Weltwirtschaftsforums in Davos ferner das »Ukrainian Lunch« sowie einen internationalen »Runden Tisch der Wohltätigkeit«. Pintschuks internationales und vermeintlich »pro-europäisches« Auftreten hat sich längst zu seinem Alleinstellungsmerkmal entwickelt. Seine Stiftungsarbeit bringt so für ihn den zusätzlichen Effekt der Integration in internationale Elitennetzwerke mit sich. Über Bill Clinton etwa, dessen Stiftung 2011 mit 1,1 Mio. US-\$ von Pintschuk geförderte wurde, soll der Kontakt zu Tony Blair hergestellt worden sein. Blair wiederum, dessen »Faith Foundation« im gleichen Jahr eine Spende von Pintschuk über 500.000 Mio. US-\$ erhielt, trat bereits mehrfach in der Ukraine auf und erweist sich

als Fürsprecher ukrainischer EU-Aspirationen. Zuletzt besuchte er ein zu Pintschuks Interpipe-Konzern gehörendes neu eröffnetes Hüttenwerk in Dnipropetrowsk, das er als eines der »besten und modernsten« seiner Art bezeichnete. Das Streben nach Anerkennung und Respekt, gepaart mit Integrationsbestrebungen in internationale Elitennetzwerke, zeichnet sich schließlich auch darin ab, dass Pintschuk unlängst bekannt gab, die Hälfte seines Vermögens im Rahmen der von Bill Gates und Warren Buffet initiierten *Giving Pledge* zu spenden. Pintschuk, der offiziell die Bühne der Politik nach den Parlamentswahlen 2006 verlassen hat, ist als Philanthrop aber auch unmittelbar in der Ukraine präsent. So betreibt er mit dem frei zugänglichen *PinchukArtCentre* das größte Privatmuseum für moderne Kunst im postsowjetischen Raum, engagiert sich durch die Vergabe von Studienstipendium im Ausbildungsbereich, finanziert Hochschulen und hält öffentliche Vorlesungen ab. Darüber hinaus veranstaltet er gemeinsam mit der Anti-AIDS-Stiftung von Elena Frantschuk, seiner Ehefrau und Tochter des ehemaligen Präsidenten Leonid Kutschma, regelmäßig kostenlose Open-Air-Konzerte, die durch die Auftritte international renommierter Musiker ein Millionenpublikum erreichen.

Neben Achmetow und Pintschuk sind weitere Oligarchen als Wohltäter und Spender aktiv, wenn auch nicht in vergleichbarem Ausmaß. Die »DF Foundation« von Dmytro Firtasch zeigte zuletzt im Bereich der Förderung von Wissenschafts- und Kultureinrichtungen im In- und Ausland Präsenz. So spendete sie bspw. der University of Cambridge 6,7 Mio. US-\$ für die dauerhafte Inbetriebnahme des Studienprogramms »Ukrainian Studies«. Ein eigenes Stipendienprogramm, das sog. »Cambridge-Ukraine Studentship«, soll ukrainischen Studierenden die Möglichkeit geben, ein Jahr in Cambridge zu studieren. Firtasch soll zudem finanziell am Aufbau des neuen Campus der 2002 wieder eröffneten Katholischen Universität in Lwiw beteiligt sein und auch die Restauration der Nationalen Universität in Tscherniwzi fördern. Dort soll er sich ebenso am Aufbau der orthodoxen Trojeschina-Kathedrale beteiligt haben, wofür ihn Patriarch Kirill mit dem Orden des Seraphim von Sarow auszeichnete. Die Förderung von religiösen Einrichtungen spielt schließlich auch bei Igor Kolomojskij eine Rolle. Zusammen mit seinem Geschäftspartner Gennadij Bogoljubow errichteten sie zuletzt in Dnipropetrowsk das sog. »Menorah Centre«. Mit Baukosten von über 80 Mio. US-\$ stellt das 32.000 Quadratmeter-Bauwerk das größte jüdische Gemeinschaftszentrum der Welt dar. Neben Gemeinschaftsräumen beheimatet es sowohl Museen als auch Geschäfte, koschere Restaurants und ein Hotel. Die in London registrierte »Bogoljubov Foundation« fördert

außerdem chassidische Einrichtungen wie Kindergärten und Schulen in Österreich sowie Rekonstruktionsarbeiten des antiken Jerusalems. Andere Oligarchen treten wiederum in erster Linie in ihren Heimatregionen als soziale und kulturelle Wohltäter in Erscheinung. Hierzu gehören Akteure wie Petro Poroschenko, Oleksandr Feldman und Borys Kolesnikow. Die materielle Unterstützung von bedürftigen Familien, Kindern und Behinderten sowie die Förderung sozialer und medizinischer Einrichtungen stehen dabei ebenso wie der Bau von Gedenkstätten, Monumenten und städtischen Freizeitanlagen im Vordergrund.

Mäzenatentum im Sport

Im Sport, insbesondere im Fußball, sind Investitionen der Oligarchen ein seit längerem zu beobachtendes Phänomen. Eine Art Vorreiterrolle kommt hier den Gebrüdern Surkis sowie Achmetow zu. Erstere erwarben den Traditionsclub Dynamo Kiew 1993 und investierten seitdem mehr als 100 Mio. Euro in den ehemaligen KGB-Verein. Achmetow indes, der »Schachtar« 1996 übernahm, nachdem dessen damaliger Präsident und »Pate« von Donezk, Achat Bragin, während eines Fußballspiels einem Bombenattentat zum Opfer fiel, soll etwa eine halbe Milliarde Euro für den Donezker Profifußball ausgegeben haben. Neben des neuen symbolträchtigen Wahrzeichens der Stadt, der etwa 300 Mio. Euro teuren »Donbass Arena«, errichtete er unter anderem ein hochmodernes Trainings- und Nachwuchszentrum und transferierte internationale Fußballstars in den Donbas. Erfolgreiche Auftritte auf internationaler Bühne haben den Verein längst über die Landesgrenzen der Ukraine hinaus bekannt gemacht. Weitere populäre Beispiele der Oligarchisierung des ukrainischen Fußballs stellen die Vereine Dnipro Dnipropetrowsk und Metalist Charkiw dar. Während sich »Dnipro« im Besitz von Kolomojskij befindet, konnte sich »Metalist« bis zuletzt der Förderung durch Oleksandr Jaroslawskij erfreuen. Dieser machte öffentlich keinen Hehl daraus, sich an Achmetows Modell orientiert zu haben. Auch andere Klubs, wie bspw. Karpaty Lwiw, Metallurg Donezk, Arsenal Kiew oder Worskla Poltawa befinden sich unter der Führung von zumindest einflussreichen Wirtschaftsakteuren.

Warum ukrainische Oligarchen immense Summen für den Fußball ausgeben, ist eine Frage, die sich immer wieder stellt. Das Mäzenatentum im Fußball scheint keinen direkten ökonomischen Profit abzuwerfen. Einnahmen aus Fernsehübertragungen, Eintrittsgeldern, Merchandise-Artikeln und Spielertransfers waren bislang marginal. Das Engagement im Fußball kann daher vielmehr als ein Reproduktionsinstrument lokaler Macht und vertikaler Klientelverhältnisse betrachtet werden.

Wellgraf bemerkt in diesem Zusammenhang zu Recht, dass »das ukrainische Fußballsystem nicht losgelöst vom Herrschaftssystem der Oligarchen verstanden werden kann«. Dass die Vereine unter konkurrierenden Akteuren umkämpft sein und somit gleichzeitig Hinweise auf Konfliktkonstellationen und Verschiebungen innerhalb der Elite liefern können, zeigte jüngst der Fall Metalist Charkiw: Jaroslawskij, bislang bekannt als »König von Charkiw« und sich stets als leidenschaftlicher Metalist-Fan im Stadion präsentierend, verkaufte Ende 2012 den Verein überraschenderweise an den bis dato unbekannteren Sergej Kurtschenko. Die Hintergründe des Deals sind bislang unklar. Jaroslawskij selbst erklärte, nicht freiwillig, sondern unter Druck der Charkiwer Administration gehandelt zu haben. Tatsächlich wurde mehrfach über Konflikte zwischen ihm und der regionalen Elite berichtet. Der erst 27-jährige Kurtschenko gilt indes als Emporkömmling der Ära Janukowytsh und soll beste Kontakte zu dessen älterem Sohn Oleksandr pflegen. Als eine Art Inbegriff der immer häufiger zitierten »Familiatsija« – dem sprunghaften Aufsteigen von Angehörigen der Präsidentensippschaft, die in zunehmende Konkurrenz zu den etablierten Akteuren treten – soll die von ihm geführte Unternehmensgruppe »GazUkraina-2009« bereits im vergangenen Jahr Firtasch beim Kauf einer der langdesweit größten Erdölraffinerien ausgestochen haben. Durch die Übernahme von »Metalist« begibt sich der in den Medien bereits als »neuer Gaskönig« titulierte Kurtschenko nun aus dem Schattendasein. Parallel dokumentieren ukrainische Medien seit Anfang 2013 den Aufbau und die Legalisierung einer neuen finanz-industriellen Gruppe, die unter dem Namen »Osteuropäisches Brennstoff- und Energieunternehmen« über fünfzig Unternehmen von »GazUkraina-2009« zusammenfasst, die bislang alle auf Personen aus Charkiw registriert waren. Sowohl der Kauf von »Metalist« als auch die jüngst erfolgte Übernahme einer weiteren, bislang unter der Kontrolle des russischen Mineralölkonzerns Lukoil gestandenen Ölraffinerie in Odessa lassen die Einflussfähigkeit des innerhalb weniger Monate aufgestiegenen Kurtschenko erahnen.

Basketball – neuer ukrainischer »Trendsport«?

Neben der notwendigen Hervorhebung von öffentlichkeitswirksamen und klientelistischen Aspekten hat es in der Vergangenheit letztlich aber auch Hinweise darauf gegeben, dass das Engagement der Oligarchen im Fußball durchaus finanzielle Dividenden abwerfen kann. Dies zeigte sich vor allem im Zusammenhang mit den Vorbereitungen auf die Fußballeuropameisterschaft. Das Einflusspotential der Oligarchen in den nationa-

len Fußballstrukturen, letztlich bedingt durch die entsprechend aufgebauten regionalen Monopolstellungen, machte die erfolgreiche Ausrichtung des Turniers von der Kooperation mit den Oligarchen unabdingbar. Wie mehrfach berichtet wurde, boten das Turnier und die damit verbundenen Infrastrukturprojekte mannigfache Möglichkeiten der persönlichen Bereicherung. Ein Vorgang, der sich in dieses Muster fügen könnte, zeichnet sich nun in den aktuellen Vorbereitungen auf die im Jahr 2015 in der Ukraine stattfindende Europameisterschaft im Basketball ab. Die erfolgreiche Realisierung des Turniers hat Janukowytsch, wie auch im Falle der Euro2012, durch ein eigens eingesetztes Koordinationskomitee zur Chefsache erklärt. Den Zuschlag zur Ausrichtung des Turniers hatte die Ukraine erhalten, nachdem ein Quartett der nationalen Basketballverbände Deutschlands, Frankreichs, Italiens und Kroatiens eine Gemeinschaftsbewerbung spontan zurückgezogen hatte. Die gemeinsame Austragung des Turniers durch die Verteilung auf mehrere Metropolen sollte Kosten reduzieren und möglichst viele Zuschauer anlocken. Kurz vor Ablauf der Bewerbungsfrist änderte die Europasektion des Internationalen Basketballverbandes FIBA jedoch die Ausschreibungsmodalitäten und verlangte von den Bewerberparteien, finanzielle Garantien vorzuweisen. Während das Konsortium sich nicht im Stande sah, bereits vor einer festen Austragungszusage einen entsprechenden Sponsoren zu präsentieren, reichte die ukrainische Seite ihre Bewerbung nach und präsentierte die zu Kolomojskij's *Privat*-Imperium gehörende, mittlerweile insolvente Fluggesellschaft *Aerosvit* als offiziellen Partner. Kolomojskij, der bei Fußballesuropameisterschaft noch das Nachsehen hatte, da Dnipropetrowsk seinen Austragungsstatus an Charkiw verlor, tritt seit geraumer Zeit als der wichtigste Sponsor des ukrainischen Basketballs in Erscheinung. Seiner Einflusszone werden bis zu sieben Basketballvereine der ukrainischen »Superliga« zugerechnet. Welche konkreten Ziele er durch die Förderung einer Sportart verfolgt, die in der Ukraine weit weniger öffentliche Aufmerksamkeit genießt als Fußball, blieb bislang unklar. Unter der Berücksichtigung der öffentlichen Ausschreibungspraktiken könnte sich allerdings auch Engagement finanziell auszahlen. Zwar ist das Investitionsvolumen deutlich geringer als bei der Euro 2012, allerdings müssen auch im Zuge der Vorbereitungen auf das Turnier 2015 Infrastrukturprojekte größeren Ausmaßes realisiert werden. Entsprechend eines zuletzt präsentierten Regierungskonzeptes belaufen sich die bislang kalkulierten öffentlichen Ausgaben auf knapp 700 Mio. Euro. Vor allem der Bau neuer Landebahnen für die Flughäfen in Dnipropetrowsk und Odessa, die Rekonstruktion des Kiewer Sportpalasts, die Errichtung von Trai-

ningsstätten sowie generelle Infrastrukturmaßnahmen in den Austragungsorten sollen aus dem Staatshaushalt finanziert werden. Weitere 400 Mio. Euro sind für den Neubau von sechs Multifunktionsarenen kalkuliert, die von privaten Investoren im Rahmen von öffentlich-privaten Partnerschaften größtenteils auf Grundlage staatlich geförderter Kredite errichtet werden. Die Ausschreibung für den Bau von vier dieser Multifunktionshallen (Kiew, Dnipropetrowsk, Odessa und Lwiw) hat die sich im Eigentum von Kolomojskij und Dmitrij Burjak befindende Gruppe »United Basketball Investments« gewonnen. Die in Donezk zu bauende »Kalmius Arena« wird derweil vom städtischen Eishockeyklub »HK Donbass« errichtet. Eigentümer des Vereins, der seit 2012 in der zweitstärksten Liga der Welt, der Kontinentalen Hockeyliga KHL auftritt, ist Borys Kolesnikow. In Charkiw ist es derweil erneut Kurtschenko, der als Hauptinvestor bei den Turniervorbereitungen fungiert und nach Angaben des Bürgermeisters der Stadt somit unterstreicht, dass ihm »das Schicksal Charkiws und der Ukraine nicht gleichgültig ist«.

Fazit

Die zunehmende Präsenz der Oligarchen im Sport, der Kunst und Kultur sowie in der sozialen Wohlfahrt zeigt, dass sie sich als immanentes Charakteristikum des politischen Systems der Ukraine keineswegs als bewegungsunfähige Akteure präsentieren, sondern vielmehr in einem Wechselspiel mit den politischen, ökonomischen und auch sozialen Rahmenbedingungen agieren und auf Veränderungen ihres Handlungsumfeldes entsprechend reagieren. Wohltätigkeit und Mäzenatentum können dabei potentiell mehrere Funktionen erfüllen: Wie Frye mit Blick auf Russland herausgearbeitet hat, lässt sich ein enger Zusammenhang zwischen dem Handeln der Akteure und der Legitimität ihrer häufig zur Disposition stehenden Eigentumsrechte konstatieren. »Gute Arbeit«, wie sie dort etwa durch die Bereitstellung öffentlicher Güter verstärkt nach dem Machtantritt Putins beobachtet werden konnte, wirkt sich dabei positiv auf ihre Legitimation aus und trägt zur Regimestabilisierung bei. Einen Erklärungsansatz, der sich stärker noch an den Funktionslogiken eines kompetitiv-autoritären Regimes orientiert, in dem es dem Staat nicht gelingt, die Bedürfnisse der Bevölkerung hinreichend zu befriedigen, liefert derweil Radnitz. Wie von ihm am Beispiel der kirgisischen »Tulpenrevolution« herausgearbeitet, können in Wohltätigkeit und Mäzenatentum zum Ausdruck kommende gezielte symbolische und materielle Investitionen dem Aufbau strategischer Allianzen dienen. Die Schaffung solcher sozialer »Fangemeinden« mittels der »Waffen der Reichen« kann dabei in einem vorherrschenden Klima der Unsicher-

heit als eine Art vertikale Rückversicherung fungieren. Werden die Interessen der Akteure gefährdet, so können Klientelbeziehungen dieser Art auch einen subversiven Charakter erlangen. Das Beispiel des derzeitigen georgischen Ministerpräsidenten Bidsina Iwanischwili, der als Oligarch im Zuge der Parlamentswahlen auch an seiner Wohltätigkeitsarbeit gemessen wurde, ver-

deutlicht die Relevanz, die einer strategischen Öffentlichkeits- und Klientelarbeit zukommen kann. Auch im ukrainischen Fall könnte die Wohltätigkeits- und Mäzenatenarbeit der bislang etablierten Akteure im Falle von Interessenskonflikten, wie sie sich derzeit etwa im Zuge der »Familisatsija« abzeichnen, ein relevantes, zusätzliches Machinstrument darstellen.

Über den Autor

Steffen Halling ist Mitarbeiter im Forschungsverbund »Kompetenznetzwerk Institutionen und institutioneller Wandel im Postsozialismus« an der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien. In seinem Promotionsvorhaben beschäftigt er sich mit der Rolle von Oligarchen in der Ukraine und den Funktionen ihrer Wohltätigkeits- und Mäzenatenarbeit.

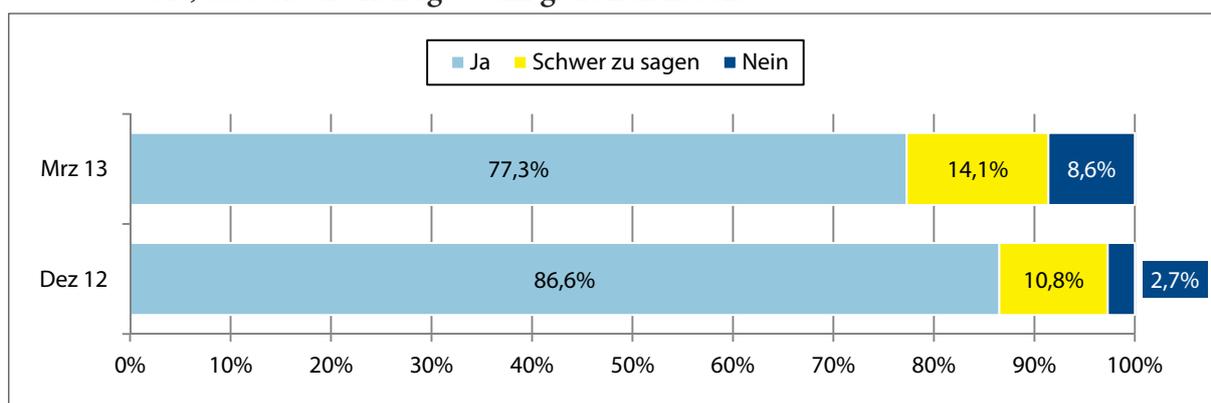
Lesetipps

- Frye, Timothy (2006): Original Sin, Good Works, and Property Rights in Russia, in: World Politics, 58 (4), S. 479–504.
- Radnitz, Scott (2010): Weapons of the Wealthy: Predatory Regimes and Elite-led Protests in Central Asia, Ithaca: Cornell University Press.
- Wellgraf, Stefan (2011): Die Millionengaben. Fußball und Oligarchen in der Ukraine, in: Dahmann, Dittmar et al. (Hsrg.): Überall ist der Ball rund. Zur Geschichte und Gegenwart des Fußballs ins Ost- und Südosteuropa – Nachspielzeit, Essen: Klartext-Verlag, S. 97–105.

Die ersten 100 Tage des VII. Parlaments der Ukraine

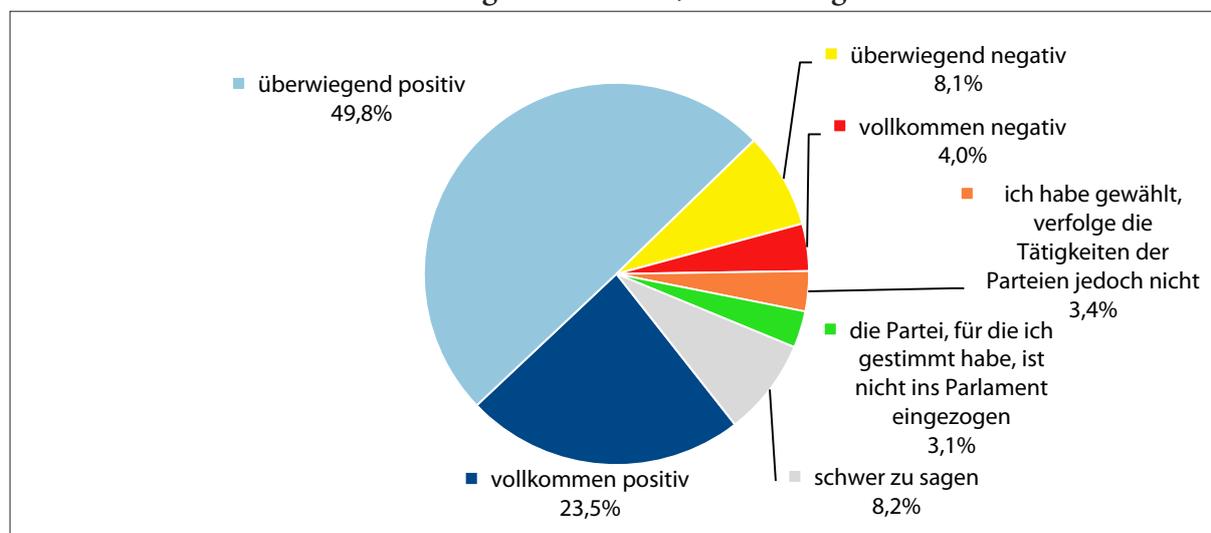
Nach den Parlamentswahlen vom 28. Oktober 2012 nahm das neu zusammengestellte Parlament am 12. Dezember seine Arbeit auf. Diese wurde immer wieder durch Blockaden unterbrochen. Die längste dieser Unterbrechungen dauerte vom 5. bis zum 22. Februar 2013 und entstand aus dem Streit um die persönliche Abstimmung der Abgeordneten. Mitglieder der Oppositionsfractionen hatten wiederholt die Praxis kritisiert, für nicht anwesende Abgeordnete mit abzustimmen. Nach 18-tägiger Blockade wurde schließlich ein Kompromiss mit der regierenden Partei der Regionen erreicht. Das Parlament konnte die Arbeit wieder aufnehmen, nur um kurze Zeit später erneut durch Abgeordnete der Opposition blockiert zu werden. Streitfall war diesmal die Aberkennung des Mandats Serhij Wlasenkos durch das höchste Verwaltungsgericht. Wlasenko ist der Anwalt der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko und hatte ein Mandat der Partei Vaterland inne. Die Stiftung »Demokratische Initiative« aus Kiew hat eine Umfrage zur bisherigen Arbeit des neuen Parlaments durchgeführt, deren Ergebnisse unten in leicht gekürzter Form zu sehen sind.

Grafik 1: Falls Sie an den Parlamentswahlen im Oktober 2012 teilgenommen haben, denken Sie, dass Sie die richtige Wahl getroffen haben?

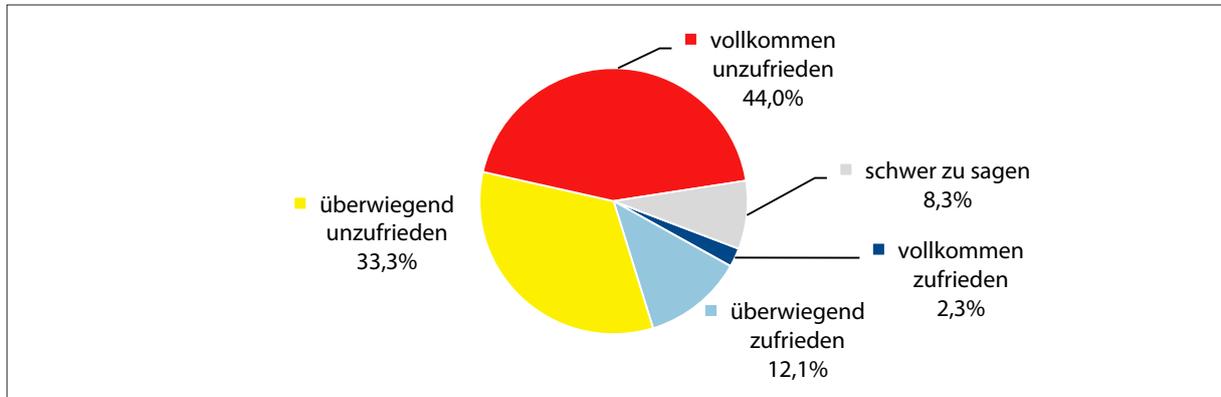


Quelle: Repräsentative Umfrage der Stiftung »Demokratische Initiative«, Kiew. Durchgeführt zwischen dem 5. und dem 13. März 2013.

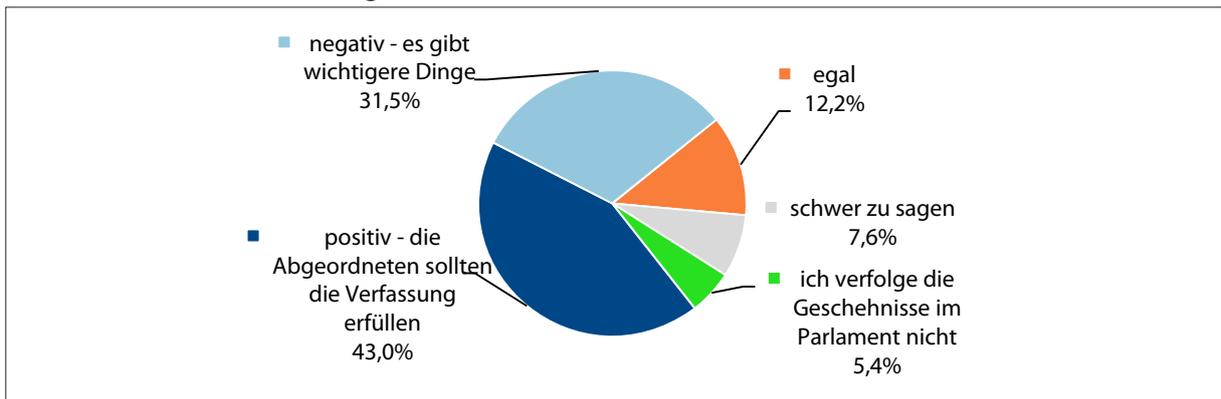
Grafik 2: Wie bewerten Sie die Tätigkeit der Partei, für die Sie gestimmt haben?



Quelle: Repräsentative Umfrage der Stiftung »Demokratische Initiative«, Kiew. Durchgeführt zwischen dem 5. und dem 13. März 2013.

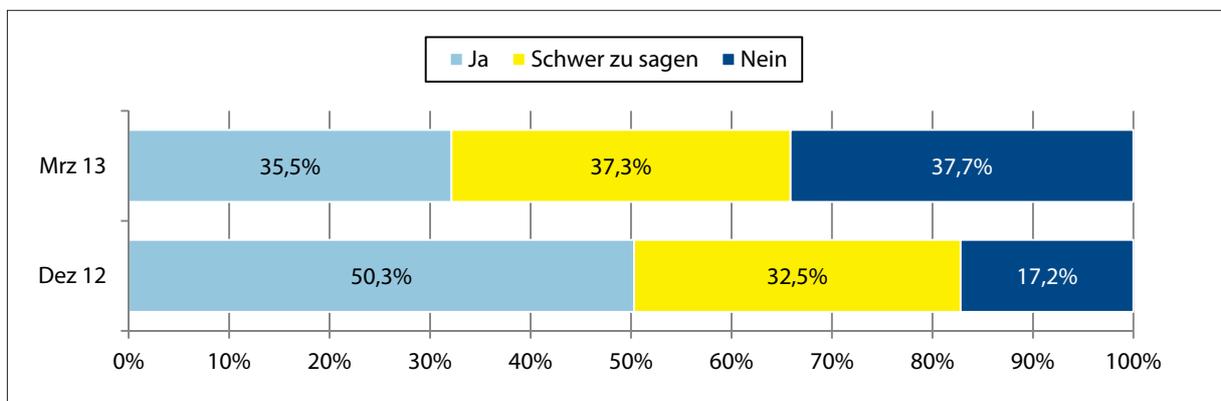
Grafik 3: Sind Sie mit der Arbeitsweise des Parlaments zufrieden?

Quelle: Repräsentative Umfrage der Stiftung »Demokratische Initiative«, Kiew. Durchgeführt zwischen dem 5. und dem 13. März 2013.

Grafik 4: Die Opposition hat lange Zeit das Parlament blockiert, um die Einführung persönlicher Abstimmung zu erreichen. Wie stehen Sie dazu?*

* vom 05.02. bis zum 22.02.2013 hatten Abgeordnete der Opposition die Parlamentstribüne aus Protest blockiert [d. Red.].

Quelle: Repräsentative Umfrage der Stiftung »Demokratische Initiative«, Kiew. Durchgeführt zwischen dem 5. und dem 13. März 2013.

Grafik 5: Denken Sie, dass das Parlament seine Arbeit ordnungsgemäß bis Herbst 2017 fortführen wird?

Quelle: Repräsentative Umfrage der Stiftung »Demokratische Initiative«, Kiew. Durchgeführt zwischen dem 5. und dem 13. März 2013.

Vom 13. März bis 23. April 2013

13.03.2013	Der Konflikt auf der Krim zwischen dem inoffiziellen Repräsentationsorgan der Krimtataren – dem Medschlis – und der Regierung der Halbinsel verschärft sich. Vertreter des Medschlis wenden sich mit einem offenen Beschwerdebrief an Präsident Wiktor Janukowytsch, nachdem der Premierminister der Krim, Anatolij Mohiljow, das Organ für ungesetzlich erklärt hatte. Zuvor war der traditionelle Trauermarsch der Krimtataren zum Gedenken an die Deportation 1944 für dieses Jahr nicht genehmigt worden.
14.03.2013	Laut einer Umfrage des Fonds für Demokratische Initiative in Kiew würden 39 % der Befragten für Witalij Klitschko stimmen, wenn er in einer Stichwahl gegen den amtierenden Präsidenten Wiktor Janukowytsch antreten würde. Dieser bekäme nur knapp 26 %.
15.03.2013	Parlamentssprecher Wolodymyr Rybak von der Partei der Regionen spricht sich für die Abschaffung der Immunität der Abgeordneten aus. Als Begründung führt er an, Abgeordnete müssten Verantwortung für ihr Handeln tragen. Für die Änderung der entsprechenden Gesetze ist eine Verfassungsänderung nötig.
16.03.2013	In Lwiw nehmen zwischen fünf- und zehntausend Menschen an der Protestaktion »Steh auf, Ukraine!« teil. Die Aktion richtet sich gegen die Politik Wiktor Janukowytschs und der Partei der Regionen. Angeführt wird der Protestzug von Oleh Tjahnibok und Arsenij Jazenjuk, den Vorsitzenden der Parteien Freiheit und Vaterland.
18.03.2013	Im Zuge des Programms zur Korruptionsbekämpfung (Laufzeit: 2011 bis 2015) kündigt Präsident Wiktor Janukowytsch ein Web-Portal an, auf dem Beamte Daten zu ihrem Vermögen und ihren Einkünften offenlegen sollen.
19.03.2013	Das Parlament nimmt seine Arbeit wieder auf. Abgeordnete der Oppositionsparteien Vaterland, Freiheit und UDAR hatten es seit dem fünften März besetzt gehalten. Anlass war die Aufhebung des Abgeordnetenmandats Serhij Wlasenkos, des Verteidigers der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko, durch das höchste Verwaltungsgericht.
20.03.2013	Vertreter des Außenministeriums erklären, dass die Zahl der erteilten Schengen-Visa an Bürgerinnen und Bürger der Ukraine im vergangenen Jahr um 178.000 auf insgesamt 1,28 Millionen gestiegen sei. Der Anteil der abgelehnten Anträge sei von 3,3 % auf 2,03 % gesunken.
21.03.2013	Die Opposition im Parlament schlägt den zweiten Juni dieses Jahres als Termin für die Bürgermeister- und Stadtratswahlen in Kiew vor. Die Wahlen gelten als Test für die Geschlossenheit der Opposition. Es gilt als sicher, dass ein gemeinsamer Kandidat gegen den Kandidaten der Partei der Regionen gewinnen würde.
21.03.2013	Am Kiewer Berufungsgericht beginnt die Verhandlung über den Einspruch gegen das Urteil gegen Dmytro und Serhij Pawlitschenko. Beide waren wegen Mordes an dem Kiewer Richter Serhij Subkow zu langen Haftstrafen verurteilt worden. Das Urteil hatte landesweit Proteste gegen Justizwillkür ausgelöst (s. Ukraine-Analyse 112).
22.03.2013	Das Parlament ratifiziert ein EU-Abkommen zur Visaerleichterung. Das Abkommen soll die Beantragung von Visa für LKW-Fahrer, Teilnehmende internationaler Austauschprogramme und ukrainische Staatsbürger mit Familienangehörigen innerhalb der EU erleichtern.
26.03.2013	Der Ausschuss für Parlamentsfragen beschließt den Wechsel einiger Abgeordneter der Partei der Regionen in einige wichtige Ausschüsse des Parlaments. Durch diese Wechsel erhält die Partei der Regionen eine Mehrheit u. a. in den Ausschüssen für europäische Integration und für Steuer- und Zollpolitik. Die Opposition erklärt diese Praxis für nicht gesetzeskonform.
26.03.2013	Serhij Bondartschuk, innerparteilicher Gegenspieler des ehemaligen Präsidenten Wiktor Juschtschenko, erklärt, er wolle eine Partei rechts der Mitte gründen. Er war Mitglied der Führungsriege der Partei »Unsere Ukraine« von Wiktor Juschtschenko, die sich Anfang März aufgelöst hatte.
30.03.2013	In Tscherniwzi findet eine Protestaktion unter dem Motto »Steh auf, Ukraine!« statt, an der fünf- bis zehntausend Menschen teilnehmen. Eine Demonstration ähnlicher Größe war am Vortag in Ternopil abgehalten worden.
02.04.2013	In Kiew, in der Nähe des Parlamentsgebäudes, finden gleichzeitig zwei Demonstrationen statt. Die Opposition hatte zur Unterstützung des Gesetzesvorhabens zur Bürgermeisterwahl in Kiew aufgerufen. Zur gleichen Zeit wird unter der Flagge der Partei der Regionen für einen europäischen Kurs demonstriert. An beiden Aktionen nehmen zusammen ca. 20.000 Menschen teil. Es bleibt friedlich.
03.04.2013	Die Opposition hält das Parlament erneut blockiert. Anlass war die ablehnende Reaktion der Regierungspartei auf den Vorschlag zur Bürgermeisterwahl in Kiew. Die Partei der Regionen will die Entscheidung des Verfassungsgerichtes zu dieser Frage abwarten.
06.04.2013	Die Vorsitzenden der Oppositionsparteien Vaterland, UDAR und Freiheit – Arsenij Jazenjuk, Witalij Klitschko und Oleh Tjahnibok – erklären sich bereit, alle Gesetzesentwürfe zur europäischen Integration zu unterstützen, auch wenn diese von der Regierung eingebracht werden.

07.04.2013	Auf Bitten seitens des Europäischen Parlaments und der Beauftragten für Menschenrechte des ukrainischen Parlaments begnadigt Präsident Wiktor Janukowytsch den ehemaligen Innenminister Jurij Luzenko und den ehemaligen Umweltschutzminister Georgyj Filipitschuk. Luzenko war im Januar 2012 wegen Unterschlagung von Staatsvermögen und Amtsmissbrauchs zu vier Jahren Haft verurteilt worden. Filipitschuk erhielt im April 2012 wegen Amtsmissbrauchs eine Freiheitsstrafe von drei Jahren. Der EU-Kommissar für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik Stefan Füle bezeichnet darauf die Begnadigung als ersten Schritt zur Lösung des Problems selektiver Justiz in der Ukraine.
09.04.2013	In Schytomyr findet eine Demonstration der vereinigten Opposition unter dem Motto »Steh auf, Ukraine!« statt. Es kommen zwischen drei- und fünftausend Menschen zusammen. In Prag wird unter der gleichen Losung eine Protestaktion abgehalten, bei der vor allem Anhänger der rechten Partei Freiheit mitwirken.
11.04.2013	Oleh Kanywez, Abgeordneter der Oppositionspartei Vaterland, erklärt, die größte Oppositionsfraktion im Parlament verlassen und der Fraktion der rechten Partei Freiheit beitreten zu wollen. Zuvor waren bereits vier Abgeordnete aus der Fraktion der Partei Vaterland ausgetreten.
12.04.13	Das höchste Verwaltungsgericht erkennt die Parlamentssitzung vom 04. April als rechtskonform an. Abgeordnete der Partei der Regionen und der Kommunistischen Partei hatten sich aufgrund der von der Opposition durchgeführten Blockade in einem anderen Saal eingefunden und dort in Abwesenheit der Opposition 20 Gesetze verabschiedet. Die Opposition hatte diese Aktion als verfassungswidrig kritisiert.
15.04.13	Bei Protestaktionen unter dem Motto »Steh auf, Ukraine!« in Charkiw und Poltawa blockieren die lokalen Behörden die Demonstrationzüge, indem leere Busse und Straßenbahnen auf den Routen platziert werden. Die Opposition kündigt in beiden Fällen Gerichtsverfahren wegen Amtsmissbrauchs an.
17.04.13	In einer Umfrage der Deutschen Welle unter Einwohnern von Städten mit über 50.000 Einwohnern geben 50% der Befragten an, dass ihrer Ansicht nach die ukrainischen Gerichte politisch abhängig seien.
18.04.13	Das Parlament nimmt in erster Lesung einen Gesetzesvorschlag an, der Korruptionsdelikte bei Behörden und Beamten von Ordnungswidrigkeiten zu Straftaten umdefiniert und die Strafen drastisch erhöht. Das Gesetz war von den drei Oppositionsfraktionen und der Partei der Regionen eingebracht worden und zählt zu den wichtigen Forderungen der EU in Bezug auf die Unterzeichnung des Assoziationsabkommens.
19.04.13	Im Parlament scheidet ein Misstrauensvotum gegen die Regierung von Ministerpräsident Mykola Asarow. 190 Abgeordnete sprechen ihr Misstrauen aus, erforderlich waren 226.
22.03.13	Eine Gruppe ukrainischer Politikwissenschaftler bittet Präsident Janukowytsch in einem offenen Brief um die Begnadigung Julija Tymoschenkos nach dem Vorbild der Begnadigung Jurij Luzenkos. Die Wissenschaftler nennen die Gefangenschaft Tymoschenkos das größte Hindernis bei den Verhandlungen zum Assoziationsabkommen mit der EU. Ähnliche Gesuche waren zuvor schon von Diplomaten und Abgeordneten eingegangen.
23.04.13	Das Justizministerium legt der Venedig-Kommission der OSZE, der EU und den Fraktionen im Parlament einen Vorschlag für Neuwahlen in den Wahlkreisen 94, 132, 194, 197 und 223 vor. In diesen fünf Wahlkreisen war es bei der Parlamentswahl 2012 zu Unregelmäßigkeiten gekommen. Die Zentrale Wahlkommission hatte daraufhin erklärt, es könne kein Ergebnis ermittelt werden. Neuwahlen waren beschlossen worden.

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Jan Matti Dollbaum

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2013 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de